

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 68 (1993)
Heft: 10

Artikel: Die Abbruchlobby marschiert wieder
Autor: Nigg, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-106049>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE ABBRUCHLOBBY MARSCHIERT WIEDER

Vor 12 Jahren beantragte der Bundesrat, die Wohnbauförderung des Bundes sei abzuschaffen. Wo nötig, könnten die Kantone für Ersatz sorgen. Daraufhin setzte ein politisches Seilziehen ein. Es gelang der von Baugenossenschaften und vielen weiteren Institutionen getragenen «Aktionsgemeinschaft für eine wirksame Wohnbauhilfe», das Parlament auf seine Seite zu ziehen. Die Wohnbauförderung nach dem Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz WEG wurde beibehalten und sogar verstärkt.

Fast die gleiche Forderung wie vor 12 Jahren taucht heute wieder in den Medien auf: Der Bund müsse seine Wohnbauförderung abbrechen. Widerlegte Vorwürfe werden aufgewärmt und längst behobene Mängel aufgelistet. Einige Zeitungen leisten sich zum Thema Wohnbauförderung Schnitzer, die sie zu anderen Fragen nie hinnähmen. «Cash» veröffentlichte in der Sauregurkenzeit einen Beitrag zur Wohneigentumsförderung, den ein Fachmann öffentlich als «absoluten Blödsinn» bezeichnete. Und ein freisinniger Ständerat befand, er sei «ohne jede Sachkenntnis» geschrieben und ziele «unter die Gürtellinie».

Insgesamt ist die Pressekampagne voll innerer Widersprüche. Am einen Ort heisst es, die Bundeshilfe sei bürokratisch, am anderen, sie sei allzu leicht erhältlich. Hier wird beanstandet, die Grundverbilligung müsse zurückbezahlt werden, dort aber, die Förderung koste den Bund zuviel.

Einmal heisst es, das WEG störe den Wohnungsmarkt, ein anderes Mal wird der marktmässige Mietzinsanstieg des WEG-Modells beanstandet.

Wohnbauförderung ist ihrer Natur nach kompliziert und teuer. Sie ist nicht nur ein Dorn im Auge aller Finanzminister, auch des schweizerischen. Sondern sie eignet sich auch zur Propaganda für Deregulierung und Sparmassnahmen. Beides sind meiner Meinung nach wichtige Anliegen. Damit die Versorgung mit Wohnungen gesichert bleibt, soll die Deregulierung aber nicht dort einsetzen, wo staatliche Massnahmen den Wohnungsbau fördern, sondern dort, wo sie ihn (heute) behindern: bei den Planungs- und Bauvorschriften, den Genehmigungs- und Einspracheverfahren zum Beispiel. Und gespart werden muss da, wo der Staat das Wohnen verteuert, etwa durch den Bau von Quartierparkhäusern und Zivilschutzanlagen, deren Kosten dann doch den Wohnbauträgern überbunden werden.

In der schweizerischen Politik hat sich ein Konsens eingestellt, der mit den Worten von Ständerat Willy Loretan etwa lautet: «So lange die Deregulierung – ein überaus komplexer und umstrittener Komplex – nicht Platz gegriffen hat, brauchen wir die «Staatskrücken» für den Wohnungsbau. Insbesondere brauchen wir das WEG und das Bundesamt für Wohnungswesen, das gute Arbeit leistet.» Auch der Hauseigentümerverband steht heute nach Nationalrat Rolf Hegetschweiler hinter der Wohnbauhilfe des Bundes, jedenfalls sofern sie rückzahlbare Vorschüsse leistet und Bürgschaften gewährt. Die Folge des Konsenses ist eine Wohnbauförderung, die trotz der Immobilienkrise den Wohnungsbau vor dem Zusammenbruch bewahrt. Damit bleibt die Versorgung mit neuem Wohnraum gewahrt, und viele Arbeitsplätze werden gerettet.

Was genau zur neuerlichen Kampagne gegen die Wohnbauhilfe des Bundes geführt hat, bleibt unbekannt. Vielleicht geht es darum, dass gegenwärtig eine Evaluation des WEG läuft. Diese interessiert nicht zuletzt die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates. Bevor die harten Facts auf den Tisch kommen werden, versuchen gewisse Kreise, auch alte Vorurteile und Gruselmärchen wieder ins Spiel zu bringen. Dass sie dadurch einen der wenigen Bereiche schweizerischer Wirtschaft und Politik belasten, der in den letzten zehn Jahren gut funktionierte, scheint sie nicht zu kümmern.

Fritz Nigg

IN DER SCHWEIZERISCHEN
POLITIK GIBT ES EINEN KON-
SENS, DER ETWA SO LAUTET:
«SO LANGE DIE DEREGULIE-
RUNG – EIN ÜBERAUS KOM-
PLEXER UND UMSTRITTENER
KOMPLEX – NICHT PLATZ
GEGRIFFEN HAT, BRAUCHEN
WIR DIE «STAATSKRÜCKEN»
FÜR DEN WOHNUNGSBAU.»